

Holm-Detlev Köhler Spaniens Demokratie unter Modernisierungszwang

»Der revolutionäre Ruf des Landes ist stärker denn je. Spanien ist das Land Europas mit dem größten Hunger und Durst nach Idealen« (Enrique Tierno Galván 1969).

»Niemals waren die Spanier so leer des ideologischen Enthusiasmus. Wir sind heute ein Volk von Indifferenten. Wir befinden uns in einem Tunnel. Ich hoffe, wir finden bald heraus« (Enrique Tierno Galván 1985).

Der populäre Sozialist Tierno Galván, von Franco suspendierter Rechts- und Philosophieprofessor und von 1979 bis zu seinem Tod 1986 Volksfront-Bürgermeister von Madrid, drückt in diesen beiden 16 Jahre auseinanderliegenden Zitaten den Stimmungswandel im spanischen Volk im Verlauf der sogenannten »Transición«, dem demokratischen Übergang, aus.

Vor 10 Jahren, im Juni 1977, wurden in Spanien die ersten demokratischen Wahlen seit dem Bürgerkrieg abgehalten. Sie waren Ergebnis einer etwa zweijährigen Phase der Weichenstellung — Franco war im November 1975 gestorben — für einen neunjährigen Übergangsprozess zur Demokratie, an dessen Ende das NATO-Referendum, der EG-Beitritt und die Wiederwahl der sozialistischen PSOE (Partido Socialista Obrero Español)-Regierung steht. Es ist eine Epoche außerordentlicher historischer Dichte, des Übergangs von einer isolierten national-katholischen Militärdiktatur zu einer modernen westlichen bürgerlichen Demokratie, von einer gerade erst nachgeholten protektionistisch geschützten Industrialisierung zu einem krisenhaften kapitalistischen Strukturwandel. Der ausgebliebene, von der antifranzösischen Opposition geforderte »demokratische Bruch« und der ökonomische Modernisierungsdruck bestimmen dabei vor allem die jüngste spanische Geschichte.

I. Ausgangssituation zu Beginn der Transición

Industrialisierung und vorsichtige Öffnung

Spaniens Geschichte seit Beginn des 19. Jahrhunderts ist eine Geschichte gescheiterter Modernisierungsversuche. Aufklärung, Industrialisierung und bürgerliche Revolte wurden von Klerus, Adel, Großgrundbesitz und den reaktionär-nationalistischen Teilen des Militärs erfolgreich verhindert, auf Kosten einer wachsenden Isolierung vom restlichen Europa. Diese Isolierung wurde mit dem ökonomischen Stabilisierungsplan von 1959 schrittweise gemildert und es folgte das sog. »spanische Wirtschaftswunder« 1960-74 mit durchschnittlichen Wachstumsraten von 7 %, neben Japan die höchsten der Welt. Wichtigste Merkmale waren das Entstehen einer weltmarktorientierten Großindustrie, neuer Industriezentren außerhalb der katalonischen Textil- und Automobilindustrie und der baskischen Eisen-

und Stahlindustrie, millionenstarke Migrationsbewegungen sowohl innerhalb Spaniens wie ins europäische Ausland, Massentourismus an den Küsten und eine Tendenz zur Urbanisierung. Der Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Erwerbsbevölkerung sank von 48 % (1950) auf 22 % (1976). Neben einer wachsenden Industriearbeiterschaft entstanden neue, liberaler eingestellte Mittelklassen. Der zunehmende Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland hatte auch starke kulturelle Rückwirkungen.

Mit der Industrialisierung und Urbanisierung entstand eine neue Arbeiterbewegung unabhängig von den Exilorganisationen der historischen Arbeiterbewegung. Das francistische Einheitssyndikat, in dem alle Arbeiter und Unternehmer zwangsorganisiert waren, wurde zunehmend von Mitgliedern der überall entstehenden Arbeiterkommissionen (Comisiones Obreras = CCOO) unterwandert. Diese bildeten sich zuerst spontan bei betrieblichen Konflikten, entwickelten aber zunehmend kontinuierliche Organisationsformen und gerieten Ende der 60er Jahre mehr und mehr unter kommunistischen Einfluß. Gleichzeitig organisierte sich, meist unter dem Schutzmantel kirchlicher Organisationen, die sozialistisch orientierte Gewerkschaft USO (Unión Sindical Obrera). Die sozialistischen Exilorganisationen PSOE und die Gewerkschaft UGT (Unión General de Trabajadores) standen dieser neuen inländischen Arbeiterbewegung und insbesondere der kommunistischen Hegemonie distanziert gegenüber. Zu Beginn der 70er Jahre begannen sie ihrerseits mit der Vorbereitung für die nachfrancistische Epoche, indem sie den Funktionsapparat verjüngten und neu entstandene innerspanische Gruppen integrierten.

Als dritter, neben wirtschaftlich-kultureller Öffnung und Wiederbelebung der Arbeiterbewegung, die *Transición* vorbereitender Prozeß tauchten Brüche innerhalb des francistischen Herrschaftssystems auf. Im Staatsapparat bildete sich eine technokratisch-reformistische Nachkriegsbeamten-schicht heraus. Typischer Vertreter ist der spätere Regierungschef Adolfo Suarez. Das II. Vatikanische Konzil mit seiner vorsichtigen Entdogmatisierung der katholischen Lehre und der offiziellen Befürwortung religiöser und demokratischer Freiheitsrechte hatte in Spanien besonders tiefgreifende Auswirkungen. Die nationalkatholische Einheit zerbrach, und die vor allem in Nordspanien entstehenden innerkirchlichen Oppositionsgruppen verfügten nun über eine offizielle Argumentationsbasis gegenüber dem mit Franco verbündeten Klerus. Das soziale Gewicht des Großgrundbesitzerstandes nahm parallel zur Industrialisierung ab. Die Massenmedien verbreiteten zunehmend freiheitliches Gedankengut. Abgesehen vom Militär waren damit alle wichtigen Stützpfeiler des francistischen Herrschaftssystems brüchig geworden. Nachdem der von Franco als starker Nachfolger aufgebaute Admiral Carrero Blanco 1973 von einer ETA-Bombe getötet wurde und 1976 das letzte Kontinuitätsprojekt des alten Regimes, die Regierung Arias Navarro, erfolglos abdanken mußte, blieb der spanischen Gesellschaft nichts anderes mehr übrig, als ihr politisches Institutionensystem dem immer schneller voranschreitenden sozio-ökonomischen Wandel anzupassen.

Vielfältige Widersprüche und Ungleichgewichte

Als der von Franco zum Nachfolger als Staatsoberhaupt eingesetzte König Juan Carlos im Juli 1976 Alfonso Suarez mit der Bildung einer Regierung des politischen Wandels beauf-

tragte, befand sich Spanien in einer äußerst komplizierten und konflikträchtigen Situation. Ökonomisch hatte die Industrialisierung zu erheblichen regionalen wie sektoralen Ungleichgewichten geführt. Der Industriesektor war durch hohen Primärenergieverbrauch, die Abhängigkeit von Ölimporten, schwache Selbstfinanzierungskraft mit damit einhergehender Abhängigkeit von Zinskonjunkturen, hohem Schwerindustrieanteil (Kohle, Stahl, Schiffbau), viele defizitäre Staatsunternehmen, starre Belegschaftsstrukturen und den Gegensatz weniger großer und vieler kleiner, kaum innovativer Unternehmen gekennzeichnet. Die jahrhundertealten Agrarprobleme hatten sich auch durch die massenhafte Landflucht nicht abgebaut und verstärkten das Gefälle zwischen industrieller Peripherie und agrarischen Zentralregionen. Weder die extrem parzellierte nördliche noch die halbfeudale latifundistische südliche Landwirtschaft Spaniens zeigten sich modernisierungs- und wettbewerbsfähig. Die Weltwirtschaftskrise samt ihrer Ölpreissteigerungen traf somit das im politischen Umbruch befindliche Spanien besonders hart.

Politisch spitzte sich die Auseinandersetzung auf die Frage Reform oder Bruch zu, doch beide Lager — die Reformkräfte des alten Regimes auf der einen, die antifaschistische Opposition auf der anderen Seite — waren ideologisch wie organisatorisch schlecht vorbereitet auf den Übergangsprozeß und mußten zudem mit der Gegenreaktion des sog. »Bunkers«, den unbeweglichen altfrancistischen Gruppen im Militär- und Sicherheitsapparat rechnen. Während die bürgerlichen Parteien erst im Entstehen waren, lebten bei der Opposition die Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialisten ebenso weiter wie die zwischen Interior- und Exteriorgruppen (innerspanische- und Exilarbeiterbewegung). Nachdem sich Mitte 1974 eine von liberalen Monarchisten bis zur kommunistischen PCE (Partido Comunista de España) reichende »Demokratische Junta« gebildet hatte, die den »demokratischen Bruch« mit dem alten Regime forderte, gründete die PSOE zusammen mit einigen regionalistischen Organisationen ein Jahr später die »Plattform der Demokratischen Konvergenz« mit fast identischem Forderungskatalog. Während erstere vor allem auf Grund der breiten Verankerung der Kommunisten in der spanischen Arbeiterschaft über eine Massenbasis im Landesinneren verfügte, zählte letztere mit der internationalen Unterstützung der europäischen allen voran der deutschen Sozialdemokratie. Daneben tauchten nationalistischer, links- und rechtsextremistischer Terrorismus¹ sowie der separatistische Nationalismus in den nördlichen Randregionen, jahrelang unter der francistischen Zwangseinheit des spanischen Staates verborgen, als politische Dauerprobleme auf.

II. Erste Transiciónsphase: »Reform in der Kontinuität«

Parallelismus von sozialer Bewegung und politischer Paktiererei

1976/77 waren Jahre einzigartiger sozialer Bewegungen im Nachkriegsspanien. In allen größeren Städten hatten sich Stadtteilkomitees und Nachbarschaftsorganisationen gebildet. Die von den beiden Oppositionsgruppen organisierte Amnestiekampagne brachte hunderttausende Spanier trotz staatlicher Repressionsandrohungen und zahlreichen Verhaftungen von Oppositionsführern, vor allem aus dem kommunistischen Lager, auf die Straße.

Mit dem Zerfall des francistischen Einheitssyndikats strömten die Arbeiter zu den sozialistischen, kommunistischen und anarchistischen Gewerkschaften und forcierten damit deren Legalisierungsprozeß im April 1977. Die Streikrate dieser Zeit war die höchste Europas, und es gelang trotz Wirtschaftskrise Reallohnerhöhungen durchzusetzen. Ungefähr ein halbes Dutzend Gewerkschaften waren an den gemeinsamen Aktionen beteiligt, alle organisatorischen Vereinigungsversuche scheiterten jedoch an der aufgezeigten doppelten Spaltung der spanischen Arbeiterbewegung, Sozialisten vs. Kommunisten, Exil- vs. Interiorarbeiterbewegung. Beinahe revolutionär waren die kulturellen Bewegungen dieser Epoche der demokratischen Begeisterung und des Gefühls breiter Bevölkerungsteile, endlich zu sozialen Akteuren zu werden. Der nationalistische Mief wurde von einer Welle neuer Massenmedienkultur, politisch-kritischer Literatur, avantgardistischer Theater und sexueller Befreiungsbewegungen hinweggefegt.

Parallel zu dieser politisch-kulturellen Massenbewegung formierten sich auf der institutionellen und ideologischen Ebene neue Macht- und Herrschaftsstrukturen, die den sozialen Massenbewegungen sehr bald die Dynamik raubten und den weiteren Verlauf der *Transición* entscheidend bestimmen sollten. Protagonist dieses Wandels wurde der Reformsektor des francistischen Machtapparates in enger Zusammenarbeit mit dem König, dessen Rolle als Symbol francistischer Legalität und Oberbefehlshaber der Streitkräfte nicht zu unterschätzen ist. Die politische Reform 1976/77, von der Bevölkerung in einem Referendum im Dezember 1976 mit großer Mehrheit unterstützt, fand unter weitgehendem Ausschluß der Opposition statt, bedeutete aber gleichzeitig eine Marginalisierung der altfrancistischen »Bunker«-Fraktion, die fortan ihre ehemaligen *Movimiento*-Freunde Suarez und Fraga (Vorsitzender der rechtskonservativen *Alianza Popular* = AP) als »Verräter« beschimpfen sollte. Entscheidend für den Erfolg dieses Projektes war das Funktionieren einer Doppelstrategie: Die Garantie der Kontinuität gegenüber den traditionellen Sektoren, d.h. Nicht-antasten der Militärautonomie, des Katholizismus als Staatsreligion mit Dominanz in den Erziehungsinstitutionen, des Großgrundbesitzes in der Landwirtschaft sowie der Monarchie als Staatsform und gleichzeitig das Reformversprechen gegenüber der Opposition hinsichtlich freier Parlamentswahlen und der Legalisierung von Parteien und Gewerkschaften. Damit war der von Suarez als »Reform in der Kontinuität« benannte moderate Systemwandel eingeleitet und gleichzeitig das Politikmodell der nächsten Jahre eingeführt, ein staatlich organisiertes Verhandlungssystem, in dem die Repräsentanten der traditionellen und der oppositionellen sozialen Sektoren in Form von sozialen Pakten und Abkommen den institutionell-politischen Wandel organisierten. Für die oppositionelle Linke bedeutete die Integration in dieses Politikmodell nicht weniger als der Verzicht auf alle wesentlichen Forderungen nach dem »Demokratischen Bruch«, insbesondere auf das Ende der francistischen Legalität, die Einführung einer Republik und die Auflösung aller francistischen Institutionen. Die Gegenleistung war eine wachsende Einbeziehung ihrer Organisationsrepräsentanten in die paktierte Reform. Es bildete sich eine neue politische Führungsschicht aus Vertretern des reformwilligen francistischen Staatsapparates und jüngeren pragmatischen Oppositionspolitikern. Der erhebliche äußere Konsensdruck, hervorgerufen durch die immer spürbareren ökonomischen Krisenfolgen, die Drohung eines Militärputsches und den Terrorismus, bildete dabei ein wesentliches Moment der Zusammenführung.

Begleitet und stabilisiert wurde dieser Prozeß durch eine Reformulierung der gesellschaftlichen Grundwerte, einen neuen ideologischen Konsens, und einiges spricht dafür, daß hier die oppositionelle Linke die entscheidende Niederlage hinnehmen mußte. Es gelang den Reformkräften des alten Regimes durch Ausnutzung der organisatorisch-institutionellen Vorteile — sie bildeten die Regierung, während die Linke noch um die Legalisierung kämpfte —, alle wesentlichen Inhalte des politischen Diskurses der *Transición* nach ihren Interessen zu formen. So erreichten sie eine Verknüpfung der Begriffe Legalität, Kontinuität, Reform, Versöhnung und friedlicher Dialog, während den Oppositionskräften, die den Bruch mit dem alten Regime forderten und mit einem moralischen Legitimitätsvorsprung in die Auseinandersetzung um die inhaltliche Ausgestaltung der Demokratie gingen, Begriffe wie Chaos, gewaltsame Konfrontation, Unsicherheit etc. zugeschoben werden konnten. Eine zentrale Rolle bei der Etablierung dieses Diskurses spielte der König als Symbol für Legalität, nationales Allgemeinwohl jenseits partikularer Interessen und Einführungsinstanz demokratischer Begrifflichkeit in den offiziellen gesellschaftlichen Diskurs. Da er gleichzeitig als militärischer Oberbefehlshaber wichtigste Disziplinierungsinstanz gegenüber der »Bunker«-Fraktion war, konnte er zur idealen Verkörperung des demokratischen Wandels auf der Basis der Versöhnung des spanischen Volkes werden (vgl. Aquila/Montoro 1984, S. 228 ff.). Der Opposition blieb angesichts dieser Übermacht und fehlender Stärke vor allem in den ländlichen Gebieten Spaniens nur der Rückzug in Form schrittweiser Aufgabe der ursprünglichen Programmatik. Aus dem »demokratischen Bruch« wurde so die »Reform hin zu einem verfassungsmäßigen Bruch«, der »Bruch durch das gegenseitige Verständnis«, der »formale Bruch«, einzig und allein symbolisiert durch die neue Verfassung voller zwispältiger, vager Konsensformulierungen. Schon sehr bald nach der Legalisierung sprach auch die sozialistische und kommunistische Linke nur noch vom »Bruch mittels Pakt und Verhandlungen« (vgl. ebd., S. 44-58) und paßte sich damit ideologisch dem von den Vertretern des alten Regimes eingeführten Politikmodell der *Transición* an. Während die Kommunisten an dieser ideologisch-inhaltlichen Anpassung jedoch bald zerbrechen sollten, gelang den Sozialisten mit Hilfe der »Entmarxifizierung«, »Entideologisierung« und der Aufnahme neuer ideologischer Formeln wie »Europäisierung« und »Modernisierung« die Vorbereitung zur Eroberung der hegemonialen politischen Position bei der immer drängender werdenden kapitalistischen Modernisierung des Landes in den 80er Jahren. Sicherlich konnte der Demokratisierungsprozeß mit dieser Diskursform relativ reibungslos und friedlich gestaltet werden. Die langfristigen Kosten einer inhaltlichen Entleerung des politischen Diskurses zugunsten konsensueller Hohlformeln, mit der existierende soziale Gegensätze zugekleistert werden sollen, für eine demokratische Kultur ohne Tradition sind jedoch noch kaum abzuschätzen. Reprivatisierung, politische Apathie, Wahlabstinenz und eine fortgeschrittene Schwäche linker und gewerkschaftlicher Organisationen sind nur die ersten Anzeichen.

Tendenz zum Neokorporatismus

Die aufgezeigten Tendenzen mündeten in eine Form politisch-ökonomischer Krisenregulierung, die den Namen »*Política de Concertación*« trägt und die Herausbildung neokorpo-

rativer Strukturen in der spanischen Gesellschaft entscheidend förderte. Die beiden eng miteinander verzahnten Ziele dieser bis heute unter modifizierten Bedingungen praktizierten Politik staatlich organisierter Sozialpakete sind einerseits die Stabilisierung politischer Herrschaft über die Herstellung eines möglichst breiten demokratischen Konsens und andererseits in steigendem Maße die Organisierung des kapitalistischen Modernisierungsprozesses unter Krisenbedingungen. Die »Moncloapakte« vom Oktober 1977 bildeten die erste große Tat einer im vorausgegangenen Juni demokratisch gewählten Regierung der rechten Zentrumspartei UCD (Unión de Centro Democrático). Ihre Inhalte sind ein Wirtschaftsprogramm sowie kurzfristige Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung und Senkung der Lohnkosten. Sie wurden von allen im Parlament vertretenen Parteien² von rechtskonservativer AP (sie stimmte allerdings nur einem Teil der Pakete zu) bis zur kommunistischen PCE unterzeichnet. Die Gewerkschaften erklärten öffentlich ihre Zustimmung; Arbeitgeberverbände waren praktisch noch nicht präsent. Der politische Charakter der Pakete, die Dominanz des Staates bei der Organisierung des politischen und ökonomischen Wandels ist überdeutlich. In der in den folgenden Monaten ausgehandelten und im Dezember 1978 in einem Referendum von der Bevölkerung mehrheitlich angenommenen Verfassung wie in allen späteren Arbeitsgesetzen werden Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ganz im Sinne der alten Vorstellung einer »organischen Demokratie« des francistischen Korporatismus als soziale und ökonomische Interessenverbände, d.h. nicht als private Vereinigungen, definiert, deren zentrale Aufgabe neben der Vertretung der Interessen ihrer sozialen Basis die planvolle Zusammenarbeit mit Regierung und Verwaltung ist. Neben wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Lohnsteigerungen wurde auch die Arbeitsgesetzgebung der kommenden Jahre in trilateralen Verhandlungen (Regierung, Arbeitgeberverbände, ein Teil der Gewerkschaften) und nicht in parlamentarischen Institutionen ausgearbeitet. Noch in der Präambel des sozialökonomischen Abkommens (AES) von 1984 zwischen sozialistischer Gewerkschaft UGT, PSOE-Regierung und Arbeitgeberverband (CEOE) wird betont, daß man »im Sinne der gesamten spanischen Gesellschaft« handelt (vgl. dazu Rubio Castro 1986, S. 223 und 234-337). Durch die Einbindung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in einen staatlich organisierten Modernisierungspakt gelang es dem nachfrancistischen Staat, sich zumindest vorübergehend eine breite Legitimationsbasis für sein Programm eines kapitalistischen Strukturwandels zu verschaffen.

Die Politik der Konzertation kennzeichnet vor allem auch den Übergang der Transicionsdynamik von den sozialen Massenbewegungen auf die staatlichen und parteipolitischen Institutionen. Die Phase ab 1978 wird in Spanien oft mit dem Begriff »desencanto« (Entzauberung, Enttäuschung) bezeichnet, im Gegensatz zum demokratischen Enthusiasmus (»Exaltación«) der Jahre 1976/77. Die undurchsichtigen »Gaurerpakte« (vgl. Vilar 1986, S. 29 f.) der politische Führer, die sich kurz vorher noch als Francisten und demokratische Oppositionelle gegenüberstanden hatten, zerstörten sehr schnell einen Großteil des Vertrauens der Bevölkerung in die sich formierenden demokratischen Institutionen.

Für die Gewerkschaften bedeutete die Unter- und Einordnung in die Politik einen gesellschaftlichen Bedeutungsverlust, einen bald einsetzenden rapiden Mitgliederrückgang und eine Tendenz zur Zentralisierung und Bürokratisierung ihrer Apparate (auf Grund der Erfordernisse zentraler Verhandlungen auf Spitzenebene). Der Verlust der Betriebsveranke-

rung und Mitgliedermassen wird dabei kompensiert durch staatliche Finanz- und Bestandsgarantien, ebenfalls Gegenstand der Sozialpaktverhandlungen. Symptomatisch dafür ist der Charakter der Betriebsratswahlen als vom Staat wesentlich protegierte und mitveranstaltete nationale Gewerkschaftslistenwahlen in den Betrieben, wobei entscheidend die Groß- und Staatsbetriebe sind. Die Legitimität der Gewerkschaften als Interessenvertretungsorganisationen bestimmt sich dadurch über Stimmenanteile in diesen sogenannten »Gewerkschaftswahlen« und nicht über Mitgliederstärke oder Mobilisierungskraft. Darüber hinaus ist es der UGT in den Sozialpaktverhandlungen gelungen, eine Repräsentationsuntergrenze von 15 % der Stimmen für Verhandlungen mit Staat und Unternehmen einzuführen und damit das sogenannte »bisyndikalistische« Modell mit UGT und CCOO als den beiden hegemonialen, repräsentativen Gewerkschaften durchzusetzen. Regionalistische und kleinere parteiunabhängige Gewerkschaften verloren daraufhin kontinuierlich an Einfluß. Die Tendenz zu zentralen Verhandlungen auf Spitzenebene wurde noch weiter verstärkt. Ebenso verschärfte sich die Spaltung zwischen UGT, ab 1979 alleiniger Konzertationspartner, und den CCOO, die über radikalere Forderungen nach Lohnsteigerungen und Arbeitsplatzgarantien versuchten, als Konzertationsgegner ihre hegemoniale Stellung im Gewerkschaftslager zu verteidigen.

Für die Unternehmer bedeutete die Politik der Konzertation dagegen einen enormen Bedeutungszuwachs und den Rahmen für die Ausbildung einheitlicher Interessenorganisationen. Die spanische Unternehmerklasse ist ohne liberalkapitalistische Tradition seit ihrem Entstehen an eine korporatistische Form der Interessenvertretung gegenüber einem paternalistischen Staat gewöhnt, der vor allem Schutz vor internationaler Konkurrenz und gewerkschaftlichem Druck gewährte. Sie ging entsprechend schwach und defensiv in die *Transición*, zumal die Wirtschaftskrise die fehlende Konkurrenzfähigkeit der spanischen Industrie verdeutlichte. Das neokorporative Politikmodell und die Modernisierung der Wirtschaft durch staatliche Industrieförderung erfordern jedoch eine zentrale Interessenvertretung mit effektiver Kontrolle der sozialen Basis. Dieses Staatsinteresse traf auf das Unternehmerbedürfnis nach Ausbildung einer sozialen und politischen Identität im Prozeß der *Transición* und bewirkte den zügigen Aufstieg der CEOE (*Confederación Española de Organizaciones Empresariales*) zur quasimonopolistischen Interessenorganisation mit wachsendem politischen Einfluß.

Neben der Herausbildung neokorporativer Strukturen bilden staatliche Verhandlungen mit den traditionalistischen Interessengruppen Kirche, Großgrundbesitz und Militär einen permanenten Bestandteil staatlicher Konfliktregulierung, den reduzierten Fortbestand des klassischen spanischen Korporatismus. Während Kirche und Großgrundbesitz durch kulturelle Verweltlichung und ökonomischen Bedeutungsverlust der Landwirtschaft an sozialem Einfluß verloren und daher leichter zu kontrollieren waren, verschärfte sich infolge der Legalisierung der PCE und der zahlreichen ETA-Attentate auf militärische Ziele die Konflikte mit und innerhalb des Militärs, eine Ursache für den Putschversuch vom 23. Februar 1981.

Herausbildung des spanischen Parteiensystems

Zu Beginn der *Transición* gab es überhaupt nur zwei landesweite Parteien mit demokratischer Tradition, die PSOE und die PCE, von denen nur letztere eine nennenswerte soziale Basis in der Arbeiterschaft der spanischen Nordprovinzen aufwies. Die PSOE verfügte lediglich über einige Gruppen in Sevilla, Madrid und im Baskenland und schöpfte ihre wesentlichen Kräfte aus der Auslandsunterstützung. Daneben entstanden im linken Lager unzählige, meist regional begrenzte, sozialistische und kommunistische Parteien. Die spanische Rechte dagegen, wie gezeigt Protagonist der ersten Phase der *Transición*, verfügte über keine demokratische Tradition und damit auch keine modernen politischen Parteien. Ihre beiden einflußreichsten Parteigruppierungen AP und UCD bildeten sich erst Anfang 1977 kurz vor den ersten Parlamentswahlen. Die AP ist eine Vereinigung alter Francominister und deren Gefolgschaft im Staatsapparat. Die UCD wurde von verschiedenen christlichen, liberalen und sozialdemokratischen Grüppchen gegründet, erhielt ihren Charakter jedoch erst durch die Einsetzung des damaligen Regierungschefs Suarez als Parteiführer. Sie verkörperte den jungen technokratischen Sektor der francistischen Bürokratie und konnte durch pragmatische Regierungsstrategien vorübergehend die ideologische Gegensätzlichkeit ihrer Gründungsgruppierungen überdecken.

Die erste Phase der *Transición* bis zur politischen Krise 1981/82 vermochte das Parteiensystem wie die innerparteilichen Strukturen nur unzureichend zu ordnen. Im rechten Lager blieb die erzkonservative AP auf die traditionelle spanische Rechte beschränkt und damit nicht mehrheitsfähig, dauerhaft belastet mit der francistischen Vergangenheit ihrer Repräsentanten. Die UCD konnte nie zu einer homogenen Partei werden und zerfiel nach dem Rücktritt ihres Führers Suarez 1981 völlig. Im linken Lager erging es der PCE nicht besser. Als einzige Partei mit gefestigter, gewachsener Organisationsstruktur, gestützt von der hegemonialen Gewerkschaft der 70er Jahre, mit dem Vertrauensvorschuß der führenden anti-francistischen Oppositionskraft versehen und mit der höchsten Mitgliederzahl gelang es ihr, innerhalb weniger Jahre fast völlig von der politischen Bildfläche zu verschwinden. Die unmittelbar vor den Wahlen 1977 von Parteiführer Carrillo eigenmächtig vollzogene eurokommunistische Kehre war ohne Fundament in der von jahrzehntelangem Stalinismus geformten Partei und hatte statt Wählervertrauen Fraktionierungen, Abspaltungen, Mitgliederverluste und Führungskrisen zur Folge. Die undurchsichtige Paktiererei der Parteiführung mit der UCD-Regierung tat ein Übriges, um die Parteibasis zu verunsichern, Widerstände und Massenaustritte zu fördern. Als Santiago Carrillo nach der dritten vernichtenden Wahlniederlage 1982 zurücktreten mußte, war der politische Kommunismus Spaniens in eine Vielzahl einflußloser Sekten zerfallen. Die CCOO-Führer hatten unterdessen ihre Parteiämter niedergelegt, um die kommunistische Gewerkschaft zumindest vorübergehend vor einem ähnlichen Niedergang zu bewahren.

Die PSOE ist damit die einzige Partei, die aus ihren innerparteilichen Fraktionskämpfen und ihrer ideologisch-inhaltlichen Entleerung im Verlauf der ersten Phase der *Transición* gestärkt hervorging und dabei von dem Zerfall der konkurrierenden Parteien profitieren konnte. Es gelang ihr, den sozialdemokratischen Flügel der UCD und die Mehrzahl der regionalen sozialistischen Parteien zu integrieren, den sozialistischen Flügel der Partei auf ein

Ergebnisse der spanischen Parlamentswahlen (in % der Wahlberechtigung):

	PSOE	PCE	UCD	AP/CP ¹⁾	CDS	Andere/ ungültige ²⁾	Abstin.
1977	22,8	7,8	26,9	6,5	—	15,6	20,9
1979	20,4	7,1	23,4	4,0	—	13,1	32,0
1982	37,5	3,2	5,7	20,6	2,2	10,4	20,4
1986	30,3	3,2 ³⁾	—	18,5	6,5	12,3	29,2

1 konservative Wahlbündnisse Coalición Democrática und Coalición Popular

2 hauptsächlich baskische und katalanische Regionalparteien

3 linkes Wahlbündnis Izquierda Unida

kleines Grüppchen mit dem Namen »Izquierda Socialista« (Sozialistische Linke) zu minimieren, die verbrüderete UGT zur zweiten hegemonialen Gewerkschaft heranzubilden (die sozialistische Konkurrenzgewerkschaft USO verlor bald jeden Einfluß) und sich von einer revolutionär-marxistischen Programmpartei zu einem modernen politischen Verwaltungsapparat ohne theoretisches Fundament und langfristige Programmatik zu wandeln. Dabei entwickelte sich ihr Parteiführer Felipe González, vor 1975 völlig unbekannt in Spanien, zu einer charismatischen Führungsfigur mit eigenem, in ironischer Anspielung an frühere absolutistische Könige »Felipismo«³ genannten Führungsstil. So trat er auf dem Parteikongreß 1979 unvermittelt zurück, als sein Vorschlag zur Streichung der marxistischen Formulierungen im Parteiprogramm keine Mehrheit fand und erreichte damit einen kurz darauf stattfindenden außerordentlichen Parteitag, auf dem er wiedergewählt wurde und die Partei sich endgültig von ihrer marxistisch-sozialistischen Vergangenheit verabschiedete.⁴ Dieser Prozeß war indes nur konsequent, insofern er den Parallelismus zwischen verbaler Radikalität und pragmatisch-technokratischer Realität zugunsten letzterer beendete und die Partei vollständig in die von der politischen Rechten dominierte Transición eingliederte. Bedenkt man, daß die PSOE praktisch eine 1974 auf dem Exilparteitag in Suresnes wiedergegründete Partei ist, so kennzeichnet das spanische Parteiensystem der Transición insgesamt eine Traditionslosigkeit, Fragmentierung (verstärkt durch die peripheren Nationalismen nicht nur im Baskenland und Katalonien), ideologische Leere und Inkohärenz. Es bestehen kaum Beziehungen zwischen den Parteien und der Bevölkerung, die seit dem Bürgerkrieg mißtrauisch gegenüber politischen Organisationen eingestellt ist. Bis heute hat keine spanische Partei mehr als 180 000 Mitglieder; in der Mehrheit sind es staatliche oder gewerkschaftliche Funktionäre. Eine weitergehende Zusammenarbeit mit Bürgergruppen oder parteinahen Institutionen (Stiftungen, Elternverbänden, Wissenschaftlern, Berufsvereinigungen etc.) ist nach einer kurzen Hochphase in den 70er Jahren inzwischen wieder aus dem politischen Leben Spaniens verschwunden. Die soziale Distanz zwischen der Masse der Bevölkerung auf der einen sowie Staat und Parteien auf der anderen Seite ist dementsprechend groß. Viele Spanier fühlen sich in bester kazikistischer⁵ Tradition von den politischen Führungsgruppen getäuscht, betrogen, nicht ernst genommen und reagieren mit politischem Desinteresse und Reprivatisierung. Die schwache Organisationskraft der Parteien und Gewerkschaften komplettiert so das insgesamt schwache Integrations- und Organisationsniveau der spanischen Gesellschaft nach der Auflösung der francistischen Zwangsverbände.

Politische Krise, Rezession und Militärputsch

Der politisch-institutionelle Wandel und der demokratische Konsens waren auf einem äußerst brüchigen sozialen und ökonomischen Gerüst gebaut, wie sich in den Jahren 1980-82 zeigen sollte. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise konnten mit Hilfe staatlicher und protektionistischer Maßnahmen eine Zeit lang überdeckt werden und machten sich erst als Inflation bemerkbar. Diese glaubte man durch die zurückhaltende Lohnpolitik der Sozialpakete, verbunden mit einer restriktiveren Geldmengenpolitik, bekämpfen zu können und durch die damit einhergehenden Gewinnsteigerungen gleichzeitig die Investitionen anzuregen. Doch damit hatte man die Schwäche der spanischen Industrie und Stärke wie Dauer der Weltwirtschaftskrise bei weitem unterschätzt, und ab 1979 kulminierten die Wirtschaftsprobleme. Die Inflationsrate stagnierte trotz sinkender Reallöhne bei 14-15 % und damit weit über derjenigen vergleichbarer Industrieländer. Der sogenannte »zweite Ölpreisschock« traf auf eine energieaufwendige, ölabhängige spanische Wirtschaft. Die Sektoren Stahl, Kohle, Schiffbau, Elektrohaushaltsgeräte und Textil, d.h. praktisch alle wichtigen spanischen Industriesektoren, wurden durch die Krise europaweit in einen Rationalisierungsprozeß gezwungen, wobei die rückständigen spanischen Unternehmen dieser Branchen wiederum besonders stark betroffen waren. Der Automobilsektor Spaniens in Form des marktbeherrschenden staatlichen SEAT-Konzerns wurde zum Dauerverlustbetrieb und zuguterletzt geriet auch der Bankensektor in eine tiefgreifende Strukturkrise, die unter anderem auch offenbarte, daß ein Großteil der Unternehmensgewinne statt in Investitionen in betrügerische Finanzspekulationen flossen. Die Arbeitslosenrate verdoppelte sich nahezu in diesem Zeitraum, wobei zusätzlich zur Wirtschaftskrise hinzukam, daß der Emigrationsabfluß ins restliche Europa ins Stocken geriet und umgekehrt viele Heimkehrer zu verzeichnen waren. Ölpreissteigerungen, Exportschwäche und Heimkehrer, d.h. deren ausbleibende Geldüberweisungen, brachten die Zahlungsbilanz und die Devisenreserven unter Druck. Dem Staat blieb nichts anderes übrig, als eine Art sozialökonomische Feuerwehr zu spielen, durch Hilfsmaßnahmen den Ruin ganzer Wirtschaftszweige zu verhindern und den sozialen Druck in Grenzen zu halten.

Seit 1977 liefen die Beitrittsverhandlungen mit der EG, was den unbedingten Zwang zur Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Industrie bedeutete, ein Druck, unter dem die spanische Demokratie und die spanische Bevölkerung viele Federn lassen mußte. In einer Situation, wo neben den Krisenfolgen der Aufbau neuer demokratisch-politischer Institutionen auf nationaler wie regionaler Ebene finanziert werden mußte, ohne daß man die aufgeblähten, korrupten Apparate des alten Regimes vermindern konnte oder wollte, wo ein Großteil der Steuerreform an der Disfunktionalität eben dieses Staatsapparates, dem Steuerbetrug, der Kapitalflucht und der immens anwachsenden Schattenwirtschaft verpuffte, wurde die Staatsverschuldung ebenfalls zu einem drängenden Problem.

Diese Dramatisierung der ökonomischen Krise traf zu Beginn der 80er Jahre auf eine nicht minder schwere politische Krise. Das Parteiengefüge, allen voran die Regierungspartei UCD, war in einem Selbstauflösungsprozeß. Die im Verlauf der Konzentration zu politischer Stärke herangewachsene Unternehmerklasse kritisierte die typisch sozialdemokratischen Politikinhalte der Suarez-Regierung wie Steuerreform, Ausweitung des Staatssek-

Spanische Wirtschaftsentwicklung (Prozentang. im Jahresdurchschnitt):

	1961-74	1975-78	1979-82	1983	1984	1985
Wachstum des BSP	7,0	2,0	0,75	2,5	2,3	2,1
Anteile am BSP:						
Agrar u. Fischerei	11,3	8,9	6,5	6,2	6,7	6,4
Industrie u. Bau	39,9	37,1	35,6	35,1	34,6	34,6
Dienstleistungen	48,8	54,0	57,9	58,7	58,7	59,0
Arbeitslosenrate	1,6	5,5	13,0	18,1	20,9	22,2
Jugendarbeitslosigkeit	3,8	13,2	32,1	42,0	46,3	48,7
Inflationsrate	7,6	19,7	15,1	12,1	11,3	8,8
Reallohn pro Beschäft.	5,5	2,5	1,3	-0,7	-0,1	0,4

Quelle: Papeles de Economía Española Nr. 27/1986

tors, Arbeitsplatzgarantien und Sozialabgabepflicht für Unternehmen, sie entzog der UCD jegliche Unterstützung, um sich offen zugunsten der rechtskonservativen AP einzusetzen. Die demokratischen Massenbewegungen der Jahre 1976-78 waren verstummt, die Gewerkschaften gespalten und durch Mitgliederverlust geschwächt. Julián Santamaría vom Institut für Soziologische Forschungen CIS beschreibt die zitierte Stimmung des »desencanto« schon unmittelbar nach der Verabschiedung der Verfassung:

»Die Frustration eines sehr bedeutenden Teils der Bevölkerung angesichts des Fehlens eines wohldefinierten Projekts, der unzureichende Wandel, die Zwiespältigkeit gegenüber der Vergangenheit und die Ungewißheit gegenüber der Zukunft, fehlende Transparenz des politischen Prozesses..., das Fortbestehen der oligarchischen Verfahrensweisen sowohl im Innern der Parteien wie im nationalen Leben... sind Gründe für eine Situation der Enttäuschung eines Volkes, auf das man nur im Moment der Stimmabgabe zählt« (»El País« v. 22. 12. 1978, eig. Übers.).

Dieser Eindruck konnte sich nur noch verstärken, als der von Franco geerbte Sicherheitsapparat immer untätiger zusah, wie in Militärkreisen antidemokratische Putschpläne geschmiedet wurden, in die nicht nur rechte sondern auch sogenannte linke Politiker einbezogen waren⁶. So kam der Putschversuch vom 23.2.1981 wahrscheinlich zwei weiteren geplanten und erfolgsträchtigeren Militärvorhaben zuvor. Als Legitimation benutzten die Militärs neben Wirtschafts- und Parteienchaos vor allen Dingen die nationale Frage und den damit verbundenen ETA-Terrorismus gegen militärische Ziele. Hier war die UCD-Regierung insofern gescheitert, als sie Katalonien und dem Baskenland relativ weitgehende Autonomierechte zugestand, die eine separatistische Dynamik in der gesamten spanischen Peripherie samt den Inseln in Gang setzte, was die Zentralregierung zu einem Teiltrückzug zwang. Die Gegnerschaft Peripherie—Zentralstaat bleibt ein Dauerproblem des demokratischen Konsens und staatlicher Legitimität in Spanien, dessen Geschichte nicht nur einer industriellen sondern auch einer nationalen Revolution entbehrt.

Die Dynamik des Militärputsches bewirkte ein Aufwachen der spanischen Gesellschaft sowie eine Reorganisation der politischen Institutionen, wodurch die zweite Phase der Transición eingeleitet wurde. Zu allererst festigte sich die Krone endgültig als demokratisches Staatsoberhaupt, Repräsentant überparteilicher nationaler Interessen und wichtige In-

stanz des demokratischen Diskurses. Dem entschiedenen Auftreten des Königs in seiner Funktion als Oberbefehlshaber der Streitkräfte gegen die putschenden Generäle ist vor allem der glimpfliche, unblutige Ausgang des Putschversuchs zu verdanken. Zum zweiten wurde das gesamte Militär und damit die stärkste intakte Fraktion der traditionalistischen Rechten diskreditiert, diszipliniert und zu politischer Zurückhaltung gezwungen. Zum dritten wurde die politische Führungsschicht wieder unter verstärktem Konsensdruck gesetzt und die vom Scheitern bedrohte Politik der Konzertation erlebte einen neuen Impuls, wobei erstmals die kommunistischen CCOO wieder mit einbezogen wurden. Entscheidend war jedoch eine Repolitisierung vieler demokratischer Bevölkerungsgruppen incl. weiter Teile der Linken, die nun endlich einen wahrhaften demokratischen Wandel forderten und ihre Hoffnungen noch einmal auf die PSOE und deren fortschrittlich klingendes Programm setzten.

III. Die neokonservative Wende mit einer »sozialistischen Regierung«

Überschäumende Hoffnung und tiefe Enttäuschung

»Spanien sozialistisch!« lauteten die Schlagzeilen nach dem klaren Wahlsieg der PSOE im Oktober 1982, und im ganzen Land wurde ein großes Volksfest gefeiert. Endlich schien der Weg frei für eine neue Gesellschaft, endlich schien der Francismus Geschichte und die alten Mächte besiegt. Doch alles kam anders und den Beteiligten von damals erscheint diese Begeisterung heute fast kaum noch nachvollziehbar.

Die Linke bis hin zur Gewerkschaft UGT hoffte vor allem auf die beiden zentralen Wahlkampfversprechen NATO-Austritt und 800 000 neue Arbeitsplätze. Sie mußte zusehen, wie die PSOE-Führung nicht nur einen rasanten Wandel zur Pro-NATO-Partei vollzog, sondern gleichzeitig die Rüstungsindustrie ausbaute und Spanien zu einem Dreh- und Angelpunkt des internationalen Waffenhandels, u.a. mit Ländern wie Chile, Südafrika und Iran, wurde. An Stelle der 800 000 neugeschaffenen gingen über 700 000 alte Arbeitsplätze verloren, sie wurden Opfer einer radikalen Modernisierungs- und Rationalisierungskur der spanischen Wirtschaft. Ganz Spanien wurde einem einzigen Ziel unterstellt, der internationalen Konkurrenzfähigkeit als Voraussetzung für eine vollständige Integration in den westlichen Kapitalismus. Dazu gehören neben dem Verbleib in der NATO vor allem auch der EG-Beitritt.

Aber auch alle anderen Hoffnungen auf eine sozialistische Reformpolitik wurden bitter enttäuscht. Die Autonomieregelung blieb zwiespältig und unbefriedigend, was zur Dauerkonfrontation der Regionalregierungen mit dem Zentralstaat führte und Wahlerfolge autonomistischer Rechtsparteien in Katalonien, Galizien und im Baskenland begünstigte. Die Staats- und Justizverwaltung blieb korrupt und disfunktional wie eh und jeh, wenn auch zunehmend in der Hand des sozialistischen Parteiapparats. Amnesty International beklagte weiterhin Folterungen und Mißhandlungen in den Gefängnissen. Eine Demokratisierung des Militärs und der paramilitärisch organisierten Polizei, die zum Teil mit rechtsradikalen Terrororganisationen zusammenarbeitet⁷, wird bis heute vergeblich gefordert. Ande-

rerseits verabschiedeten die Sozialisten 1984 ein »Anti-Terrorismus-Gesetz«, welches hinsichtlich der Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten bis hin zur Pressefreiheit, vorsorglicher Verhaftungen ohne Haftbefehl, unbeschränkter Fahndungsrechte der Polizei etc. vergleichbare europäische Projekte noch in den Schatten stellt. Eine politische Partei, die noch wenige Jahre zuvor unter den fehlenden bürgerlichen Freiheiten und einem autoritären Staatsapparat zu leiden hatte, verwandelte sich in die organisatorische Kraft eines autoritären Sicherheitsstaats im Dienste des spanischen Kapitalismus. Das von der Frauenbewegung lange erwartete Abtreibungsgesetz war so unzureichend und restriktiv, daß die Spanierinnen weiterhin nach London und Amsterdam reisen müssen, um die Schwangerschaftsunterbrechung vornehmen zu lassen. Reform des Bildungswesens, der Sozialversicherung, der Landwirtschaft mit ihren halbfeudalen Besitzverhältnissen und der mittelalterlichen Tagelöhnerarbeit, des Gesundheitswesens ... die Reihe unterlassener oder gescheiterter Reformvorhaben ließe sich beinahe beliebig fortsetzen. Das sozialistisch regierte Spanien wurde zu einem Musterbeispiel der neokonservativen Wendepolitik in Westeuropa.

Modernisierungspolitik unter internationalem Wettbewerbsdruck

Das Scheitern der UCD-Regierung war vor allem auch das Scheitern einer Wirtschaftspolitik sozialdemokratischen Typs, welche versuchte, die Folgen des kapitalistischen Strukturwandels sozial abzufedern. Die Orientierung an der neokorporatistischen Krisenregulierung nordeuropäischen Typs mußte in Spanien schon an den fehlenden wirtschaftlichen Voraussetzungen scheitern. Die Kosten der Modernisierung der Volkswirtschaft sind so hoch, daß für eine Umverteilung unter sozialen Kriterien kein Raum bleibt. Die radikale Umverteilungspolitik der PSOE zugunsten des Kapitals ist aus dieser Sicht für den spanischen Kapitalismus die einzige Möglichkeit des Auswegs aus der Krise, und nur diese Sichtweise offenbart die Logik der zweiten *Transición*-Etappe. Alle Versuche von linker und gewerkschaftlicher Seite, den Wandel der PSOE aus ideologischer Sicht oder über persönliche Veränderungen von Parteiführern zu erklären, enden in hilflosen moralischen Vorwürfen, wie Machtkorruption, bürgerlicher Herkunft der Führungskader, Verrat am Sozialismus und der Arbeiterklasse etc., so berechtigt sie in vielen Einzelfällen sein mögen.

Das Regierungsprojekt, einen international konkurrenzfähigen spanischen Sozialismus unter Krisenbedingungen zu konstruieren, beinhaltet folgende Teilbereiche:

- Instandsetzung des Finanzkapitals: Dem Finanzkapital kommt im kapitalistischen Entwicklungsprozeß eine zentrale Rolle bei der Planung und Steuerung der Kapitalströme in zukunftssträchtige Sektoren und Investitionsbereiche zu, wobei eine enge Zusammenarbeit mit dem Staat die Regel ist. Die sozialistische Regierung mußte dazu zuerst den Bankensektor sanieren. Diesem Sanierungsprozeß fielen die Hälfte aller Privatbanken zum Opfer und der größte Privatkonzern Spaniens Rumasa, dem neben zahlreichen Scheinfirmen 18 Banken angehörten und der über 50 000 Beschäftigte aufwies, mußte im Zuge eines betrügerischen Konkurses verstaatlicht werden. Die Regierung organisierte unter immensen Kosten für den Staatshaushalt einen enormen Konzentrationsprozeß — die Ansiedlung ausländischer Banken und Versicherungen sowie personelle Verflechtungen zwischen Wirtschafts- und Finanzministerium und den Leitungsgre-

mien der Großbanken. Parallel dazu lockerte sie die Wertpapier-, Kredit- und Reservehaltungsbestimmungen, um den Handlungsspielraum der Banken zu erweitern und den Kapitalverkehr mit dem Ausland anzuregen. Die in- und ausländischen Großbanken wurden so vom Staat zum führenden und überaus rentablen Kapitalektor Spaniens herausgebildet.

- Antiinflationpolitik: Die Förderung der Exportfähigkeit spanischer Produkte über eine Verringerung des Inflationsgefälles gegenüber den Konkurrenzländern wurde von der sozialistischen Regierung als vorrangiges wirtschaftspolitisches Ziel übernommen. Neben einer restriktiven Geldmengenzpolitik verfolgt sie dabei vor allem eine Senkung der Lohnkosten und der Staatsverschuldung. Die dabei auftretenden sozialen (Kaufkraftverlust der Bevölkerung, Konflikte mit den Gewerkschaften) und ökonomischen (Nachfrageabschwächung, steigende Zinsen infolge Geldknappheit) Widersprüche vor allem mit dem Investitions- und Wachstumsziel stellen ein ungelöstes Problem sozialistisch-neoliberaler Wirtschaftspolitik dar.
- Sanierung der Krisensektoren: Seit der sozialistischen Regierungsübernahme läuft ein radikales Umstrukturierungsprogramm für die Sektoren Stahl, Schiffbau und Textil, dem über 100 000 Arbeitsplätze zum Opfer fallen und das den Staat schon weit über 10 Mrd. DM gekostet hat. Während die Rationalisierung und Modernisierung der überwiegend katalanischen Textilindustrie vergleichsweise sanft bewältigt wurde, kommt es auf den Werften und in den Stahlbetrieben seit Jahren zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Belegschaften und staatlichen Unternehmensverwaltungen und Sicherheitskräften. Bislang sind zwei Tote und viele hundert Verletzte zu verzeichnen, ohne daß ein Ende der Auseinandersetzungen abzusehen wäre. Besonders gravierend ist die Stahlkrise aufgrund der Eingliederung in den europäischen Stahlmarkt. Die seit Jahren defizitären und vollständig verstaatlichten Stahlbetriebe sind weder regional noch produktionstechnisch aufeinander abgestimmt und weisen riesige Überkapazitäten auf. Der EG-Vertrag erzwingt einen drastischen Kapazitätsabbau und die Einstellung von Subventionen, was einem Todesurteil der Branche sehr nahe kommt. Die nördlichen Schwerindustrieregionen Baskenland und Asturien sind von einem weitgehenden Deindustrialisierungsprozeß bedroht und die traditionell kämpferische Arbeiterklasse dieser Regionen reagiert mit wütender Verzweiflung auf die permanente Demontage ihrer Lebensgrundlage.
- Tertiärisierung und Internationalisierung des Kapitals: Das mangelnde Vertrauen der Regierung in die spanische Unternehmerklasse und die Dominanz des kapitalistischen Modernisierungsziels offenbaren sich deutlich in der Strategie der Ansiedlung multinationaler Konzerne mit ausgesprochenen Lockangeboten, wie billiges Land, günstige Kredite und Subventionen. Niedriges Lohnniveau, mangelhafte Steuer- und Umweltkontrollen, ein expandierender Binnenmarkt und für japanische und nordamerikanische Multis die günstige Eintrittsmöglichkeit in den EG-Markt sind weitere Anreize für die sprunghaft angestiegenen ausländischen Kapitalinvestitionen. Besonders auffällig ist der ausländische Kapitalimport in den Bereich Banken, Versicherungen, Touristik und ähnlichen Dienstleistungsbereichen, wobei der gewünschte Trend zur Ausdehnung des Dienstleistungssektors innerhalb der spanischen Wirtschaft forciert wird. Der Anteil des tertiären Sektors an den Beschäftigten beträgt inzwischen über 50 %.

- Schrittweise Eingliederung in die EG: Seit März 1986 läuft die im Beitrittsvertrag ausgehandelte mehrjährige Eingliederungsperiode der spanischen Wirtschaft in die EG mit sektoral sehr unterschiedlichen Auswirkungen. Das Preisstabilitätsziel ist durch die Einführung der Mehrwertsteuer und die stark steigenden Lebensmittelpreise weiterhin schwer zu erreichen. Die Handelsbilanz ist durch den hohen Importzuwachs aus europäischen Ländern gegenüber den nur mäßig wachsenden Exporten in ein bedrohliches Defizit geraten, was zur Zeit noch durch den expandierenden Tourismus, den sinkenden Dollar und die gesunkenen Primärenergiepreise auf der Ebene der Zahlungsbilanz verdeckt wird. Insbesondere kleine und mittelständische Industrieunternehmen erweisen sich als schlecht vorbereitet auf die europäische Konkurrenz und gehen vielfach in Konkurs. Nicht nur der Abbau von Zollschranken und Einfuhrbestimmungen sondern auch die Einstellung der Exportsubventionen und der privilegierten Handelsbeziehungen mit Südamerika machen vielen Betrieben den Garaus. Der Staat sieht sich dem Problem einer weiteren kosten- und personalaufwendigen EG-Bürokratie gegenüber.

Von der EG-Eingliederung begünstigte Sektoren sind einige frühzeitig modernisierte, international konkurrenzfähige Industrie- und Dienstleistungsunternehmen und ein Teil der Landwirtschaftsbetriebe (Wein, Olivenöl, Früchte, Gemüse), die allerdings das EG-Agrarproblem weiter verschärfen. Auch die Fischereiindustrie, der einzige Sektor, in dem Spanien eine führende Weltposition einnimmt, könnte aufgrund ihrer Wettbewerbsvorteile zum Nutznießer des sich öffnenden europäischen Marktes werden. Andere Agrarsektoren, wie die nordspanische Milch- und Viehwirtschaft schrumpfen dagegen angesichts der eindringenden europäischen Konkurrenz. Große Hoffnungen werden in die Beteiligung an europäischen Gemeinschaftsprojekten wie EUREKA gesetzt, wovon man sich vor allem eine Stimulanz für die technologische Entwicklung erhofft. Als ausgesprochener Reifall erwies sich die Integration in das europäische Energieförderungsprogramm mit Schwerpunkt auf der Atomenergie. Die riesigen Investitionen in den Bau von Kernkraftwerken und Atommüllanlagen erweisen sich zunehmend als unrentabel und haben u.a. den katalanischen Energiekonzern FECSA in eine schwere Krise geführt. Die vorrangige Förderung der Atomenergie scheint wenig geeignet, das Energieproblem Spaniens mit seiner Abhängigkeit von den Ölpreiskonjunkturen zu lösen.

- Regulierung des Klassenkampfes: Die innenpolitische soziale Basis für eine derart forcierte und konfliktträchtige Modernisierungspolitik ist eine effektive Kontrolle und Befriedung der Klassengegensätze. Die PSOE übernahm hierfür das UCD-Konzept der Sozialpakete. Dabei konnte sie auf der einen Seite recht bald das Vertrauen großer Teile der Unternehmerklasse erwerben, die ihre antisozialistische politische Propaganda einstellte und ihr weitgehendes Einverständnis mit der Wirtschaftspolitik erklärte. Auf der anderen Seite erwies sich das Sozialpaktmodell jedoch als zunehmend disfunktional und brachte die Regierung sogar in Konflikt mit der befreundeten UGT. Als der unmittelbare Konsensdruck der Jahre nach dem Militärputsch und die Notwendigkeit einer formal-gesetzlichen Regelung der industriellen Beziehungen, für die sich die Politik der Konzertation als funktional erwiesen hatte, hinter die immer schärferen sozialen und

ökonomischen Konflikte um soziale Sicherung, Reallohnverlust und Massenarbeitslosigkeit zurücktrat, war die Arbeiterklasse mittels der Sozialpaktstrategie nicht mehr integrierbar. Die soziale Basis des spanischen Neokorporatismus ist zu dünn, und das PSOE-Projekt einer staatsnahen, subventionierten Gewerkschaft zur Kontrolle der Arbeiterklasse, die nur zu einem geringen Teil organisiert ist und ständig steigende Modernisierungskosten erbringen muß, ist vom Scheitern bedroht. Es zeigt sich dabei erstens, daß für die Arbeiterklasse in diesem Modernisierungsprozeß praktisch kein Raum für ihre sozialen und ökonomischen Forderungen bleibt, zweitens die UGT als eine von zwei hegemonialen Gewerkschaften in einer insgesamt schwachen Gewerkschaftsbewegung keine effektive Kontrollfunktion gegenüber ihrer sozialen Basis ausüben kann und drittens die Legitimationsbasis der staatlich organisierten Paktspolitik in der Bevölkerung ständig schrumpft.

Zur Krise der Sozialpaktspolitik gesellt sich die mangelnde Glaubwürdigkeit des ideologischen Modernisierungsprojekts der PSOE. Die Verknüpfung der beiden zentralen Begriffe Europäisierung und Modernisierung (vgl. dazu auch Köhler 1986) mit solchen wie Sozialismus oder Solidarität, d.h. der sozialistischen Realpolitik mit der traditionellen sozialistischen Wählerbasis, verstärkt lediglich das Mißtrauen und die Distanz der Bevölkerung gegenüber dem Diskurs der politischen Führungsschicht. Wenn UGT-Führer Nicolaus Redondo immer wieder die neoliberale Unterwanderung der PSOE beklagt und die Regierung beschuldigt, den ökonomischen Diskurs der Rechten zu führen⁸, bildet er nur die Spitze eines anwachsenden Eisbergs der Unzufriedenheit. Die jüngsten Behauptungen des Regierungs- und Parteivizechefs Alfonso Guerra, das »sozialistische Projekt« sei vollendet, insofern die Demokratie stabilisiert und die Isolierung Spaniens überwunden sei, kann selbst in einem Land, in dem ein linker politischer Diskurs jahrzehntelang vollständig unterdrückt war, niemanden überzeugen. Daß Sozialismus Integration in den westeuropäischen Kapitalismus und NATO-Mitgliedschaft bedeuten soll, bleibt eine einsame Vorstellung der PSOE-Parteiführung.

Das Ziel einer effektiven politischen Regulierung der sozialen und ökonomischen Konflikte bildet sowohl auf institutioneller wie auch auf öffentlicher Diskursebene einen entscheidenden Schwachpunkt in der sozialistischen Modernisierungsstrategie, und man kann von Glück reden, daß die politische Rechte bislang kein Kapital aus dieser Schwäche ziehen konnte.

Die Modernisierungspolitik der sozialistischen Regierung mit dem alles dominierenden Ziel, die spanische Wirtschaft in den internationalen Kapitalismus zu integrieren und konkurrenzfähig zu machen, erscheint im heutigen Spanien als einigermaßen unvermeidlich und alternativlos, ohne sich allerdings großer aktiver Akzeptanz zu erfreuen. Die spanische Politik und gesellschaftliche Entwicklung ist im Verlaufe dieses Prozesses zum abhängigen Faktor der internationalen Kapitalentwicklung geworden. Die spanische Gesellschaft, von jeher stark segmentiert und mit schwachem Integrationsniveau ausgestattet, droht dabei in zwei völlig verschiedene Welten auseinanderzufallen, einen kleinen Kern von Modernisierungsgewinnern (qualifizierte Beschäftigungsgruppen, zukunftsreiche Dienstleistungsunternehmen, modernisierungsfähige Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe) und eine zunehmend unüberschaubare, extrem heterogene Masse von Modernisierungsoffern (ar-

beitslose Jugendliche, Frauen und Alte, Landarbeiter, Kleinbauern, veraltete Klein- und Mittelbetriebe, traditionelle Industriearbeitergruppen etc.). Die sozialen, regionalen, ökonomischen und kulturellen Gegensätze werden durch die Kapitalisierung Spaniens, einem Land ohne protestantische, bürgerliche, nationale oder industrielle Revolution, keineswegs abgebaut, sondern verlagert und in vieler Hinsicht weiter verschärft. Dies könnte eines Tages auch den schwach fundierten demokratischen Konsens wieder in Gefahr bringen.

Das NATO-Referendum als Krisensymbol

Als am 12. März 1986 52 % der am Referendum teilnehmenden Spanier für den Verbleib in der NATO stimmten, war dies vordergründig nicht mehr als ein weiterer Sieg des »Felipismo« über die Linke innerhalb wie außerhalb seiner Partei und die gesamte rechte Opposition. Felipe Gonzáles hatte den NATO-Verbleib, gegen den er noch drei Jahre vorher vehement gekämpft hatte, zur Schicksalsfrage seiner Nation gemacht, hatte seine Person, seine Regierung und die wirtschaftlich-soziale Zukunft Spaniens mit dem Referendum verknüpft. Er hatte hoch gepokert und entgegen vieler Erwartungen gewonnen, womit er seine Wiederwahl in den Parlamentswahlen vom Juni desselben Jahres quasi schon im voraus sicherte. Näher betrachtet stellt das NATO-Referendum den symbolischen Schlußpunkt einer historischen Etappe dar, insofern es allen Versuchen, den Weg für alternative gesellschaftliche Entwicklungen wieder zu öffnen, eine vernichtende Niederlage bereitete.

Der PSOE-Sieg im Referendum offenbart eine dreifache Krise im politischen System Spaniens. Für die Linke besiegelt das Referendum die Niederlage in der *Transición*, die mit der Unfähigkeit begonnen hatte, den Francismus zu besiegen und sich fortsetzte in dem Fehlen eines linken Gegenentwurfs zu dem rechten Politik- und Gesellschaftsmodell der *Transición*. Alle linken Kräfte Spaniens incl. vieler PSOE- und UGT-Mitglieder hatten die Diskussion um das NATO-Referendum als letzte Chance ergreifen wollen, sich als Opposition zu formieren und eine Kurskorrektur der Regierungspolitik zu erzwingen. Es waren Anfänge einer außerparlamentarischen sozialen Bewegung entstanden unter Einbeziehung zahlreicher Gewerkschaftsgruppen. Viele kritische Intellektuelle und Künstler beteiligten sich an den Anti-NATO-Aktivitäten, und alle Meinungsumfragen bestätigten die ablehnende Haltung der spanischen Bevölkerung gegenüber dem Militärbündnis. Die Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses traf die sich in der Vorbereitung auf die Siegesfeier befindliche Linke vernichtend, ließ sie entmutigt, in zynisch-apathischem Zustand zurück⁹, am Rande des Wegs der kapitalistischen Modernisierung Spaniens.

Aber nicht nur die Linke, auch die parteipolitische Rechte erlebte das NATO-Referendum als Krisensymbol, trotz eindeutiger Befürwortung der NATO-Mitgliedschaft. Die in der *Coalición Popular* zusammengeschlossenen Rechtsparteien hatten, auf eine Niederlage González' hoffend, zur Nichtteilnahme am Referendum aufgerufen und sich damit in Widerspruch zu weiten Teilen ihrer Wählerbasis begeben, die es vorzogen, die Regierung in ihrer Pro-NATO-Politik zu unterstützen. Hinzu kam eine wachsende Kritik vieler Unternehmerkreise, insbesondere aus den modernen Finanz- und Dienstleistungssektoren, an dem traditionalistisch-konservativen Charakter der Rechtsparteien, verbunden mit einem Lob für die modernere, effektivere sozialistische Wirtschaftspolitik. Nach der Niederlage bei

den Parlamentswahlen wenige Monate später fiel dann die rechte Parteienkoalition endgültig auseinander, und es kam zu zahlreichen Rücktritten und Führungswechseln. Die politische Rechte Spaniens hat es bis heute nicht verstanden, sich eine modern-konservative, hegemoniale Parteiorganisation zu schaffen.

Zum dritten erscheint das NATO-Referendum als Anzeichen für eine Krise des repräsentativen Systems in Spanien. Nur knapp 60 % der Bevölkerung beteiligten sich an der Abstimmung, ein Trend zur Wahlabstinenz, der sich in den folgenden Wahlen bestätigte. Die öffentliche politische Diskussion reduzierte sich nahezu auf ein medien- und berufspolitisches Minimum, wobei auch das intellektuelle Spektrum Spaniens von dieser Entpolitisierung erfaßt wurde. Politik scheint endgültig wieder Sache einer kleinen Führungsschicht geworden zu sein, deren Praktiken und Strategien von der Bevölkerung mit mißtrauischem Unverständnis betrachtet werden. Die radikale Kehrtwende der PSOE-Führung hin zum Kapitalismus und der NATO wird dementsprechend widerspruchslos hingenommen, aber keineswegs verstanden oder gar mitvollzogen. Die gerade erst geschaffenen demokratischen Repräsentationsinstitutionen haben einen rapiden Prestigeverlust in vielen Bevölkerungskreisen erlitten, die sich nach dem Sinn und der Funktion von Parlamenten und Parteien fragen, mit denen sie sich weder verbunden noch von ihnen repräsentiert fühlen.

Fragmentierung sozialer Konflikte

Das NATO-Referendum stellt insofern das symbolische Ende der zwei Transicións-Etappen dar, als mit diesem Sieg der sozialistischen Regierung über die rechte wie linke, die parlamentarische wie außerparlamentarische Opposition das spanische Gesellschaftsmodell auf absehbare Zukunft festgeschrieben und aller denkbaren Alternativmöglichkeiten entledigt scheint. Die Integration in den westlichen Kapitalismus ist zur schlichten Tatsache und Normalität geworden. Das Bewußtsein über diese Normalität des politischen Systems und das Heranwachsen einer neuen Generation, für die die Unsicherheit der Zukunft angesichts dauerhafter Massenarbeitslosigkeit sowie der gesellschaftlichen Spaltungs- und Marginalisierungstendenzen ein sehr viel drückenderes Problem als die francistische Vergangenheit (mit den daraus resultierenden Konsolidierungsschwierigkeiten des demokratischen Systems) darstellt (vgl. Köhler 1987), führten zu einem veränderten sozialen Konfliktverhalten. Vielfältige soziale Gruppen beginnen massiv und selbstbewußt, ihre spezifischen Forderungen an den Staat zu stellen. Die Oberstufenschüler kämpfen monatelang für einen leichteren Hochschulzugang und eine Senkung der Schul- und Studiengebühren. Studenten streiken für eine Modernisierung der Lehrpläne. Ärzte und Krankenhauspersonal demonstrieren für eine Reform des Gesundheitswesens. Feministinnen verlangen vor Justizgebäuden die Freilassung verhafteter Abtreibungsärzte und Klientinnen. Von der EG-Eingliederung negativ betroffene Bauern errichten Straßenblockaden. Südspanische Landarbeiter führen Hungerstreiks und symbolische Landbesetzungen gegen die Agrarpolitik der Regierung und den Fortbestand des Latifundiensystems durch. Rationalisierungsbedrohte Werft- und Stahlarbeiter protestieren zu Zehntausenden vor dem Madrider Wirtschaftsministerium, sperren die Verwaltungsratsvorsitzenden ihrer staatlichen Betriebe ein und liefern sich blutige Straßenschlachten mit der Nationalpolizei und der Guardia Civil. Viele

dieser zur Zeit an unzähligen Stellen aufbrechenden Konflikte haben partiellen korporatistischen Charakter, einige sind hilflose Verteidigungskämpfe gegen die unaufhaltsam erscheinende Rationalisierungs- und Modernisierungswelle. Gemeinsam haben sie den Staat als Adressat ihrer Forderungen, wobei es nicht mehr um den Protest gegen ein bestimmtes politisches Modell, sondern um unmittelbare Interessenartikulation geht.

Diese neue Welle von Sozialkonflikten weist auf die vielen Leerstellen des Modernisierungsprojekts und die unterlassenen oder gescheiterten Reformvorhaben der sozialistischen Regierung hin. Die einseitige Ausrichtung der spanischen Gesellschaft an den Erfordernissen eines modernen, sich in einem krisenhaften Strukturwandel befindlichen Kapitalismus läßt an den Rändern der spanischen Gesellschaft ein Heer von Modernisierungsoptionen, eine riesige Überschußbevölkerung entstehen und vernachlässigt eine Vielzahl sozialer Bereiche, in denen das rückständige, disfunktionale Organisationsniveau ungebrochen fortbesteht. Regierung, Parteien und Gewerkschaften stehen dieser Konfliktwelle bislang mehr oder weniger hilflos gegenüber. Der staatliche Verteilungsspielraum zur Befriedigung dieser sich vermehrt artikulierenden sozialen Bedürfnisse ist aufgrund der Wirtschaftskrise und der Modernisierungskosten sehr gering. Die Parteien als mögliche Kanalisationsorganisationen des politisch-sozialen Protests haben praktisch keinen Kontakt zur Bevölkerung. Die Gewerkschaften, die sich inzwischen schon selbstbemitleidend »den armen, vergessenen Verwandten der *Transición*« (vgl. Guindal/Serrano 1986, S. 19 und 86) bezeichnen, müssen zusehen, wie ihnen die betrieblichen Kämpfe aus der Kontrolle geraten und sie genau das auch noch von Regierungsseite vorgeworfen bekommen¹⁰. Der Organisationsgrad der spanischen Arbeiterschaft ist mit ca. 20 % einer der niedrigsten Europas, und viele Belegschaften spüren, daß sie unabhängig von gewerkschaftlicher Beteiligung am Modernisierungspakt zu den Opfern dieser Entwicklung gehören. Entpolitisierung, Vereinzelung, gesellschaftliche Spaltungstendenzen und Tertiarisierung lassen die nähere Zukunft der Arbeiterorganisationen wenig hoffnungsvoll erscheinen. Bislang reagieren sie mit verbaler Radikalisierung gegenüber der Wirtschaftspolitik, die sie dabei vor allem für das Nichtzustandekommen von Sozialpakten in den Jahren 1984 und 1987 verantwortlich machen. Die Sozialpakete bildeten den Dreh- und Angelpunkt gewerkschaftlicher Politik in der *Transición* und ihr Scheitern offenbart, daß die Gewerkschaften ansonsten strategie- und kraftlos sind. Streikfähig sind sie allein in wenigen Groß- und Staatsbetrieben, doch deren Pilotfunktion hinsichtlich der landesweiten Tarifverhandlungen bröckelt angesichts der zunehmenden Ausdifferenzierung der spanischen Industrie- und Arbeitswelt mehr und mehr ab, wodurch das gewerkschaftliche Aktionsfeld zusätzlich eingegrenzt wird.

Ergänzt man zu den vielfältigen sozialen Kämpfen an den Rändern des Modernisierungsprojektes die weiter existierenden traditionellen Konfliktlinien mit den regionalen Volksgruppen, dem Terrorismus und den Resten des alten Regimes, so erscheint die spanische Gesellschaft trotz oberflächlicher politischer Stabilität am Ende der *Transición* extrem fragmentiert und gespalten in gegensätzliche soziale und kulturelle Fraktionen. Die Arbeiterbewegung, der große Hoffnungsträger zu Beginn des demokratischen Übergangs, ist das prominenteste Opfer dieser Entwicklung. Mit gespaltenen, schwachen Gewerkschaften und einer hegemonialen sozialistischen Arbeiterpartei ohne Sozialismus und ohne Arbeiter befindet sie sich am tiefsten in dem von Enrique Tierno eingangs zitierten Tunnel.

Anmerkungen

- 1 Der Terrorismus forderte in Spanien zwischen 1979-86 610 Todesopfer, ca. die Hälfte davon ETA-Attentate auf Polizei- und Militärangehörige.
- 2 Ausgenommen sind hier wie bei fast allen anderen im folgenden beschriebenen Prozessen die baskischen Parteien. Das Baskenland bildet in jeder Hinsicht einen Sonderfall mit eigenem Parteien- und Gewerkschaftssystem und eigener politisch-sozialer Dynamik.
- 3 Der Sozialpsychologe José Aumente bezeichnet den »Felipismo« als Alterskrankheit des Francismus, basierend auf einer entpolitisierten Öffentlichkeit und der Führeralternative »Ich oder das Chaos« (Vgl. Vilar 1986, S.183).
- 4 Wiederum war das Mittel konsensualer Hohlformeln wie: »Die PSOE anerkennt den Marxismus als theoretisches, kritisches und nicht dogmatisches Instrument zur Analyse gesellschaftlicher Transformation und Realität an, dabei die verschiedenen marxistischen und nichtmarxistischen Beiträge, den Sozialismus zu gestalten, aufnehmend...« (1979 verabschiedete Parteiprinzipien, eig. Übers.).
- 5 Die Kaziken organisierten in Spanien bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein die Pseudoparlamentswahlen, in denen vereinbarungsgemäß turnusmäßig die Regierungsmehrheit zwischen liberaler und konservativer Partei wechselte. In den darauffolgenden Diktaturen Primo de Riveras (1923-30) und Francos blieben sie staatlich eingesetzte Zivilgouverneure in den Lokalverwaltungen.
- 6 So fand beispielsweise im Oktober 1980 im sozialistisch regierten Lerida eine konspirative Versammlung zwischen sozialistischen Politikern und Generälen statt.
- 7 So hielt sich zum Beispiel der italienische Neofaschist delle Chiaie, Teilnehmer am Attentat von Bologna 1980, das 85 Tote forderte, lange Zeit in Spanien auf und beteiligte sich am »schmutzigen Krieg« gegen die ETA, den die rechtsextreme Terrorgruppe GAL (Grupos Antiterroristas de Liberación) in Zusammenarbeit mit rechten Polizeikreisen führte. Die Gewerkschaft der Guardia Civil SUGC (Sindicato Unificado de la Guardia Civil), die diese Zusammenarbeit und fehlende Demokratie seit Jahren denunziert, muß bis heute illegal operieren, da auch die sozialistische Regierung keine Gewerkschaft in paramilitärischen Organisationen legalisiert.
- 8 Er vergißt dabei, daß seine eigene Gewerkschaft lange Zeit dieses politisch-ideologische Projekt aktiv mitgetragen hat und beispielsweise, anstatt über die materiellen Forderungen nach Lohn und sozialer Sicherung der Arbeiter, über die voraussichtliche Inflationsrate des kommenden Jahres mit dem Wirtschaftsministerium verhandelt hat. Damit hat er nicht nur die Vorrangigkeit der Inflationssenkung gegenüber den Lohnsteigerungen akzeptiert, sondern den Arbeitern jegliche Identifikations- und Partizipationsmöglichkeit an den gewerkschaftlichen Verhandlungen genommen. Die Annahme, daß Arbeiter einmal für eine höhere Vorausschätzung einer zukünftigen Inflationsrate streiken könnten, um damit ihre höheren Lohnforderungen zu begründen, erscheint wohl nicht nur in Spanien als eine absurde Vorstellung.
- 9 Kennzeichnend für diese Haltung ist eine gewisse »Nostalgie des Francismus« bei einigen Linken, die die rechtsextreme Formel »Unter Franco lebten wir besser« umgewandelt haben in »Gegen Franco lebten wir besser« und dem damaligen klaren, einheitlichen Oppositionsprojekt nachtrauern.
- 10 Der Vorwurf sozialistischer Regierungsmitglieder an die UGT, sie würde die Arbeiterschaft nicht mehr effektiv kontrollieren, offenbart sowohl das PSOE-Konzept einer staatstragenden Gewerkschaft wie die Krise des neokorporistischen Modells angesichts mitgliedsschwacher Gewerkschaften und zunehmenden Sozialkonflikten und Spaltungstendenzen.

Literatur

Deutsch

- Bernecker, Walther L. (1984): *Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg*, München 1984
Dentler, Christa (1986): Der steinige Weg der ökonomischen Anpassung, in: *Links*, 201/1986
Köhler, Holm-Detlev (1986): Der traumatische Bruderkrieg, in: *Kommune*, 11/1986
Köhler, Holm-Detlev (1987): Heftiger Winter, in: *Links*, 204/1987

Spanisch (eine Auswahl):

- Aguila, Rafael de/Montoro, Ricardo, (1984): *El discurso político de la transición española*, Madrid 1984
Aguilar, Salvador (1985): El asocianismo empresarial en la transición postfrancista, in: *Papers* 24/1985, Barcelona, S. 53-84
Bar, Antonio (1982): El sistema de partidos en España: ensayo de caracterización, in: *Sistema* 47/1982, Madrid, S. 3-46
Guindal, Mariano/Serrano, Rodolfo (1986): *Nicolas Redondo: el sindicalismo socialista*, Madrid 1986
Linz, Juan J. (Hg.) (1984): *España: un presente para el futuro* (2 Bde.), Madrid 1984
Migúélez, Faustino (1985): Sindicalismo y conflicto social en la España de la transición, in: *Mientras Tanto*, 24/1985, Barcelona, S. 19-44
Paredes, José Manuel: Las tareas de la izquierda española, in: *Mientras Tanto*, 24/1985, Barcelona, S. 19-44
Rubio Castro, Ana (1986): El neocorporativismo español: el Acuerdo Económico y Social, in: *Revista de estudios políticos*, 50/1986, Madrid, S. 213-239
Vilar, Sergio (1986): *La década sorprendente*, Barcelona 1986